

Baruther Anzeiger

Älteste Heimatzeitung für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland (gegr. 1865)

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis monatlich 0,90 RM, zugl. 0,18 RM Bestellgeld. Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“. Sonnabends: Die illustrierte Sonntagsbeilage. In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes. — Einzelverkaufspreis 10 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaßene Millimeterzeile (46 mm) 4 Reichspennig, die dreigegepaßene Millimeterzeile im Textteil (93 mm) 10 Reichspennig. Bei Wiederholungen wird Nachlaß gewährt nach unserer Preisliste.

Fernsprecher Nr. 217. — Telephon: Berlin Nr. 345 40. Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 118

Mittwoch/Donnerstag, den 30. Sept./1. Oktober 1936

71. Jahrgang

Reichsbauernführer Darré:

Unsere Ernährung aus eigener Erzeugung gesichert.

Ueberblick über die ernährungswirtschaftliche Lage · Appell an das Pflichtgefühl · Warnung an Gewinnfüchtige

Nun gehen wir in den Winter, gehen in ein neues Wirtschaftsjahr, in dem wir von dem leben sollen, was wir eingebracht haben. Da heißt es, sich vergewissern, was wir haben. Diese Klarheit hat uns der Reichsernährungsminister Darré verschafft, indem er uns einen Ueberblick über das Ernteergebnis und die sich daraus für den Winter ergebende Ernährungsgrundlage gegeben hat. Wir wollen den einen Satz Darrés vorwegnehmen: „Es braucht niemand Sorge zu haben, daß er nicht satt werden wird.“

Das ist eine freundliche Kunde. Aber wir selbst haben mitzubekommen, daß diese erfreuliche Tatsache nicht durch unsere Schuld zunichte wird.

Führer und Volk erwarten von jedem selbstverständliche Pflichten.

Und welche Pflichten? Der Reichsbauernführer führt sie uns vor Augen. Er appelliert an das Verantwortungsgesühl und warnt allzu Geschäftstüchtige, die nur auf Gewinn bedacht sind.

Setzt kommt alles darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Erzeugung in ständigem regelmäßigem Fluß und zu den festgesetzten Preisen an den Markt bringt, so beginnt der Minister seinen Appell. „Gewissenhafte und pünktliche Erfüllung der vorgeschriebenen Ablieferungsverpflichtungen ist eine der dringlichsten Forderungen der Volksernährung. Bauern und Landwirte, die gegen diese Vorschriften der Marktordnungsverbände verstoßen, schädigen das deutsche Volk. Gewissenlos gegenüber dem Gesamtwohl des Volkes handeln auch jene — wenn es auch nur Ausnahmefälle sind —, die als Erzeuger, Verteiler oder Verarbeiter aus Gewinnlust höhere Preise fordern als nach den geltenden Vorschriften zulässig ist.“

Die Pflichtvergessenheit wird der Staat in Zukunft hart anpacken, die Volksgemeinschaft zu schützen, und um zu verhindern, daß einzelne das Ansehen und die Arbeit ganzer Berufsstände zu untergraben versuchen. Deutschlands Lage ist nicht leicht. Nur bei gewissenhafter Mitarbeit jedes einzelnen können wir die uns gestellten, für unser Volk lebenswichtigen Aufgaben meistern. Dank den Erfolgen der Erzeugungsschlacht ist die Ernährung unseres Volkes heute schon zu 80 bis 85 v. H. — 1927 waren es nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung nur 65 v. H. — aus eigener Erzeugung gesichert. 15 bis 20 v. H. unseres Bedarfs an Nahrungsmitteln müssen aber auch heute noch aus dem Ausland eingeführt werden.

Wir können bei normalen Enten aus eigener Erzeugung den Bedarf an

den Bedarf an

Beim Gemüse und Fleisch erzeugen wir jedoch nur etwa 90 bis 94 v. H. im Inland. Bei Eiern und Wollereierzeugnissen beträgt die Selbstversorgung etwa 80 bis 85 v. H. und bei Fetten sogar nur 50 bis 55 v. H.

Deutschlands Ausfuhr an Industrierzeugnissen steht im Ausland auf große Schwierigkeiten. Wir können deshalb den Umfang unserer Ausfuhr nicht beliebig erweitern. Den Erlös aus unserer Ausfuhr brauchen wir aber nicht zur Beschaffung der uns im Inland fehlenden Lebensmittel, sondern in erster Linie auch für die Beschaffung von Rohstoffen.

Verzicht auf die Einfuhr von Rohstoffen zugunsten einer verstärkten Lebensmitteleinfuhr würde bedeuten, daß Millionen deutscher Volksgenossen wieder in das Elend der Arbeitslosigkeit zurückgestoßen werden.

Das muß aber unter allen Umständen verhindert werden. Daran geht hervor, daß einzelne Erzeugnisse, bei denen wir heute noch nicht unseren ganzen Bedarf selbst erzeugen, einmal knapp werden können. Das deutsche Volk wird lieber vorübergehend etwas weniger Fett oder etwas weniger Fleisch oder weniger Eier essen, als der Gehalt der Arbeitslosigkeit in Deutschland neuen Raum zu gewähren.

Die Reichsregierung erwartet deshalb von der deutschen Hausfrau, daß sie diese gelegentlich auftretenden Mängel an einzelnen Lebensmitteln mit Verständnis aufnimmt und durch geschicktes Ausweichen zu anderen reichlicher vorhandenen Nahrungsmitteln ausgleicht. Es braucht niemand Sorge zu haben, daß er nicht satt werden wird.“

Erlaß des Führers über Dienstzeit und Stärke des Reichsarbeitsdienstes

Ein halbes Jahr Arbeitsdienst für arbeitsdienstoffähige Wehrpflichtige — Arbeitsdienstoffpflicht für die weibliche Jugend

Im Reichsgesetzblatt vom 28. September 1936 wird ein Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der Dienstzeit des Reichsarbeitsdienstes und die Stärke des Reichsarbeitsdienstes und des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend vom 26. September veröffentlicht. Danach beträgt in Ergänzung des Reichsarbeitsdienstgesetzes vom 26. Juni 1935 die Dienstzeit im Reichsarbeitsdienst für alle arbeitsdienstoffähigen Wehrpflichtigen ein halbes Jahr.

Die Stärke des Reichsarbeitsdienstes ist innerhalb der Zeit vom Oktober 1936 bis Anfang Oktober 1937 auf 230 000 Mann (einschließlich Stammpersonal), in der Zeit bis Anfang Oktober 1938 auf 275 000 Mann (einschließlich Stammpersonal), in der Zeit bis Anfang Oktober 1939 auf 300 000 Mann (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen. Der vorläufig noch auf freiwilligem Eintritt beruhende Arbeitsdienst für die weibliche Jugend soll planmäßig zur Vorbereitung der Arbeitsdienstoffpflicht weiterentwickelt werden. Die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend ist in der Zeit vom April 1937 bis März 1938 auf 25 000 Arbeitsmädchen (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen.

Der Staatsakt auf dem Bückeberg

700 Kriegs- und Arbeitsopfer nehmen teil — Hymne an die deutsche Erde

Am Sonntag begeht das deutsche Volk sein Erntedankfest auf dem Bückeberg. Wieder wird sich an diesem Tage die deutsche Volks- und Schicksalsgemeinschaft offenbaren. Hunderttausende werden aus allen Gauen des Reiches ins Niederachsenland kommen, um gemeinsam ihren Dank zu bekunden. Ein großer Staatsakt wird den Höhepunkt bilden.

Auch Kriegs- und Arbeitsopfer der Gauen Südhannover-Braunschweig und Westfalen-Nord werden diesmal an der Erntedankfeier auf dem Bückeberg teilnehmen. Für sie sind 700 Sitzplätze vorgesehen. Weitere Sitzplätze für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, ist wegen der räumlichen Beschränkung unmöglich. Die Organisationsleitung bittet deshalb alle Kriegs- und Arbeitsopfer sowie alle sonst Körperbehinderten nur dann zum Bückeberg zu kommen, wenn sie unbedingt marschfähig sind.

Bei dem Staatsakt auf dem Bückeberg wird von einem Gemischten Chor in Stärke von etwa 400 Männern und Frauen die „Hymne an die deutsche Erde“ — Worte von Heinrich Heine, Musik von Ernst Gauß — vorgetragen. Der Text hat folgenden Wortlaut:

„Sei gepriesen, deutsche Erde, die uns Frucht getragen! Immer neu dein Wunder werde bis zu den fernsten Tagen; aus den schweren goldenen Aehren stechen wir die Krone — hohe Freude winkt uns heut' der Mühl' zum Lohne.“

Alle Besucher des Staatsaktes auf dem Bückeberg werden gebeten, bei der Wiederholung des Liedes diesen Text mitzutönen. Aber auch die, die den deutschen Erntedank am Hundstumpf miterleben, werden sich diese Verse einprägen.

Unsere Leser bitten wir, den Text auszuschneiden und am Sonntag mit auf den Festplatz, den Schützenplatz, wo der Umzug endet, mitzubringen.

Jamen Erklärung Frankreichs, Englands und Amerikas, die einen wertvollen Faktor für die internationale Ordnung und den Frieden darstellen. Wenn aber der internationale Friede eine Vorbedingung für das Gelingen des Experiments sei, so gelte das genau so für den inneren Frieden. Die öffentliche und gesetzliche Ordnung dürfe keinesfalls beeinträchtigt werden und die Regierung sei entschlossen, sie gegen jeden Versuch, die republikanischen Einrichtungen anzugreifen, zu verteidigen.

Eine Regierung wie diese könne sich aber nicht von den Arbeitermassen trennen, denn am gleichen Tage, wo sie die Fühlung mit den Organisationen der Arbeiterchaft verliere, würde ihre Existenz erschüttert werden. Er könne aber versichern, daß die Perturbationen der sozialen Kämpfe jetzt überwunden sei. In keinem Fall dürften mehr Arbeitskämpfe in Form von Fabrikbesetzungen usw. ohne Zustimmung der verantwortlichen Arbeiterorganisationen entseht werden.

Senat gegen Kammer

Änderung des französischen Abwertungsgesetzes wahrscheinlich.

Der französische Senat trat am Dienstag um 9.30 Uhr zusammen. Da die Kammer aber die Aussprache über das Abwertungsgesetz noch nicht beendet hatte, wurde die Sitzung um 11.30 Uhr verlegt. Finanzminister Vincent Auriol überreichte das unmittelbar vorher von der Kammer angenommene Abwertungsgesetz und forderte sofortigen Eintritt in die Aussprache.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, der radikalsoziale Senator Caillaux, erklärte jedoch, daß der Finanzausschuß erst eine eingehende Prüfung des Gesetzes vornehmen und die Erklärung des Finanzministers entgegennehmen müsse. Der Finanzausschuß werde erst Mittwoch früh in der Lage sein, dem Senat seinen Bericht und seine Vorschläge zu übermitteln, die, wie er besonders betonte, sehr wahrscheinlich recht verschieden von den in der Kammer gebilligten sein würden. Auf Antrag des Senators Caillaux beschloß der Senat darauf, erst Mittwoch früh um 9.30 Uhr mit der Aussprache über das Abwertungsgesetz zu beginnen, und hob die Sitzung auf.

Am Dienstagnachmittag trat der Finanzausschuß des Senats zusammen und hörte den Finanz-

Französische Kammer nahm das Abwertungsgesetz an.

Die französische Kammer hat das Abwertungsgesetz, das die Abwertung des Franc bestimmt, mit 350 gegen 221 Stimmen nach zeitweiliger lebhafter Aussprache angenommen. Die Regierung hat die Verwerfungsfrage nicht gestellt. Das Gesetz wurde dem Finanzausschuß des Senats überwiesen, der es nunmehr prüft. Der Senat wird anschließend in einer Aussprache das Gesetz behandeln.

Die Kammeraussprache ist von Montag abend 9.30 Uhr bis zum Dienstagmorgen 10.30 Uhr ununterbrochen die ganze Nacht durchgeführt worden. Nachts um 1 Uhr beschloß man, die allgemeine Aussprache abzubrechen und in die Beratung der einzelnen Artikel des Gesetzes einzutreten. Zuerst wurde

der Verzicht auf die gleitende Lohnskala, zu dem man sich wegen des Widerstandes der Radikalsocialen hat bekennen müssen, mit 355 gegen 199 Stimmen angenommen. Die darauf bezüglichen Artikel des Gesetzes wurden durch eine bis zum 31. Dezember reichende Vollmacht der Regierung ersetzt, durch die ihr die Möglichkeit gegeben wird, auf dem Verordnungsweg die Kauf-

kraft des Franc zu erhalten, sei es durch Verhinderung un gerechtfertigter Preissteigerungen, sei es durch andere geeignete erscheinende Mittel.

Bei der Beratung über diesen Punkt morgens gegen 5.15 Uhr nahm Ministerpräsident Blum selbst das Wort. Er mußte zugeben, daß die Kammer mit dem Gesetz vor eine vollendete Tatsache gestellt worden sei. Es sei aber für jede Regierung, wie sie auch aussehe, in solchem Falle unmöglich, das Geheimnis zu durchbrechen, bevor die „Ausrichtung“ der Währung nicht durchgeführt sei. Der Ministerpräsident verwahrte sich dagegen, daß seine Politik, die er seit drei Monaten geführt habe, gescheitert sei. Im September habe ein wirtschaftlicher Aufstieg begonnen, der aber durch die Goldhamerle, durch außenpolitische Ereignisse und die durch die neuen sozialen Konflikte sowie durch die Angst vor revolutionären Handlungen nicht zur Auswirkung gekommen sei.

Man habe den Goldausgängen, die anfangen, gefährlich zu werden, unbedingt ein Ende setzen müssen. Léon Blum betonte dann die große Bedeutung der gemein-